



Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**DIE LINKE.**

# BürgerInnenbrief

17. April 2019

Nein zu Mietabzocke +++ Erbbaurecht +++ MIETENmove +++ AfD-Denunziantenportal +++ Beiräte & Demokratie

## Liebe Leserinnen und Leser,



MieterInnenprotest: Berlin macht's vor (C. Schneider)

dass Berlins linke Bausenatorin Katrin Lompscher Furore mit ihrer Wohnungs- und Mietenpolitik machen würde, war an dieser Stelle im »BürgerInnenbrief« Ende Januar zu lesen. Mittlerweile ist mehr als nur Fahrt in die Angelegenheit gekommen, immer neue Aktionen und Forderungen, natürlich auch die Resonanz in den Medien, lassen einen bisweilen die Augen reiben. Zehntausende demonstrieren in den verschiedensten Städten gegen Mietenwahnsinn und Wohnungsnot. Aber nicht nur das.

Schon seit längerem versuchen die Mietervereine, die GRÜNEN und die LINKE, die Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau wieder zur obersten Maxime zu machen. Die Forderung nach mehr bezahlbarem Wohnraum, nach mehr Sozialwohnungen, ist gerade auch in Hamburg so verbreitet wie lange nicht mehr. Nach jahrelangem Beharren der LINKEN ist nun auch der Hamburger Senat auf die Linie eingeschwenkt, städtischen Grund und Boden nicht mehr an Privat (darunter auch die Spekulantenmafia) zu verkaufen, sondern im Erbpachtverfahren lediglich für eine begrenzte (allerdings lange) Zeit zu vergeben. Ganz anders die Reaktion auf den Antrag der LINKEN in der Bürgerschaft, einen Mietendeckel zu prüfen und – so möglich – baldmöglichst einzuführen. Die gehässigen Reaktionen aller anderen Fraktionen gingen mit einem auf den ersten Blick schönen, an Heike Sudmann gerichteten Bonmot der Stadtentwicklungssenatorin Stapelfeldt einher:

»Sie glauben, dass Sie hier auf einen Zug aufspringen können, nur es ist überhaupt kein Zug da.« Tja, weit gefehlt, nicht nur, dass die Mietendeckel-Initiative von ihren Berliner GenossInnen ausging, mittlerweile ist der rot-rot-grüne Senat in der Bundeshauptstadt um die Prüfung eines Mietendeckels bemüht, sodass dieser womöglich noch in diesem Jahr auf den Weg gebracht werden kann. Getoppt wird das Ganze nur noch vom Aufschrei aus der Wohnungswirtschaft und den etablierten Parteien gegen die in Berlin offenbar von einer Bevölkerungsmehrheit unterstützte Forderung nach Enteignung großer, rein profitorientierter Wohnungsunternehmen ab 3.000 Wohneinheiten. Die FDP entblödete sich nicht, die Abschaffung des § 15 Grundgesetz zu fordern ...

Wirklich erstaunlich, was sich da tut ... und vor allem unterstreicht, wie dramatisch die Lage auf dem sogenannten Wohnungsmarkt ist. All diese Forderungen – wovon in dieser Ausgabe des BürgerInnenbriefs einiges zu lesen ist – werden auf dem MIETENmove 2019 eine wichtige Rolle spielen. Letztes Jahr demonstrierten in Hamburg rund 8.000 Menschen, am 4. Mai 2019 sollten es möglichst noch mehr werden. Eine große Beteiligung würde sicherlich auch ein wichtiges Signal für die Wahlen zum Europäischen Parlament und zu Hamburgs sieben Bezirksversammlungen am 26. Mai setzen. Wir sind in jeder Hinsicht gespannt.

Herausgeberinnen und Redaktion

# Ja zum Grundgesetz – nein zu Mietabzocke!

Pressemitteilung der Linksfraktion zur Enteignungsdebatte vom 8. April



Aktion gegen Miethaie (C. Schneider; Hintergrund: Axel Mauruszat/wikimedia/CC BY-SA 3.0)

Nachdem am Sonnabend [6. April], über 30.000 Menschen in Berlin auf die Straße gegangen sind und rund 10.000 an nur einem Tag das Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« unterschrieben haben, wird nun auch in Hamburg die Enteignungsdebatte geführt.

»Diejenigen, die jetzt empört auf die Enteignungsforderungen reagieren, wollen seit Jahren nichts Ernsthaftes gegen die Mietabzocke durch Unternehmen wie Deutsche Wohnen, Vonovia, Akelius & Co. tun«, kommentiert Heike Sudmann, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. Diese Unternehmen schwärmen nicht nur in ihren Geschäftsberichten von Mieterhöhungspotenzialen, sondern setzen sie auch radikal um.

»Das Grundgesetz enthält eine Eigentumsgarantie, aber keine Renditegarantie. Wer die Sozialpflichtigkeit des Eigentums missachtet und dem Gemeinwohl zuwider handelt, kann nach demselben Grundgesetz auch enteignet werden«, rückt Sudmann die Debatte zurecht. »Mieter\_innen müssen endlich vor weiteren Erhöhungen geschützt werden. Mietendeckel und Enteignungen sind richtige Schritte gegen den Mietenwahnsinn und die schleichende Enteignung der Mieter\_innen, genauso wie der Schutz der bestehenden Mietverhältnisse und der Bau neuer preiswerter Wohnungen.«

## Zur Erinnerung Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes:

### Artikel 14

(1) **1.** Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. **2.** Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) **1.** Eigentum verpflichtet. **2.** Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) **1.** Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. **2.** Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. **3.** Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. **4.** Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

### Artikel 15:

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

# Erbbaurecht wieder zum Standard machen

Heike Sudmann über ein auch in Hamburg bewährtes grundstückpolitisches Verfahren



MIETENmove 2018 (Drachenu eG) (Foto: Michael Joho)

## Was ist das Erbbaurecht?

Dieses Jahr feiert das Erbbaurecht sein hundertjähriges Jubiläum. Kurz gefasst bedeutet das Erbbaurecht, dass ich auf einem Grundstück, das nicht mir gehört, ein Gebäude bauen kann. Der/die Grundstückseigentümer/in überlässt mir für einen längeren Zeitraum (früher in der Regel 99 Jahre) das Grundstück. Dafür zahle ich entweder in einer Summe oder als regelmäßigen Betrag einen Erbbauzins. Ist der Zeitraum des Erbbaurechts abgelaufen, einigen wir (bzw. die Nachkommen) uns entweder auf eine Verlängerung oder auf das Ende des Erbbaurechts. Im letzteren Fall erhalte ich eine Entschädigung für mein Gebäude, im Falle einer Wohnnutzung von mindestens zwei Drittel des Gebäudewertes.

Erbbaurechte gibt es nicht nur für städtische/öffentliche Grundstücke, sondern auch für private.

## Zur Situation in Hamburg

Auch in Hamburg wurden über lange Zeit städtische Grundstücke generell im Erbbaurecht vergeben. Seit mehreren Jahrzehnten jedoch verkauft die Stadt Hamburg ihre Grundstücke, Erbbaurechte sind zur großen Ausnahme geworden. DIE LINKE hat sich immer gegen den Verkauf ausgesprochen. 2015 haben wir endlich einen Sitz in der Kommission für Bodenordnung erhalten und stimmen dort immer gegen jeglichen Verkauf.

Politisch und gesellschaftlich ist jetzt Bewegung in der Grundstückspolitik entstanden:

- Im Oktober 2018 haben wir in der Bürgerschaft die ausschließliche Vergabe der städtischen Grundstücke im Erbbaurecht beantragt (Drs. 21/14660). Der Antrag schmort seitdem im Ausschuss.

- Vielleicht nicht ganz zufällig, denn im Dezember 2018 haben die rot-grünen Regierungsfractionen vom Senat bis September 2019 ein Konzept zur vorrangigen Vergabe der städtischen Grundstücke im Erbbaurecht gefordert (Drs. 21/15595).
- Im März 2019 haben die Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften e.V. in einem Offenen Brief gedroht, die Wohnungsbautätigkeit einzustellen, wenn die Erbbaurechtsvergabe zum Standard wird. In dem Brief kritisieren sie die Berechnung des Erbbaurechts (für die sog. Einmalzahlung oder für den laufenden Erbbauzins) auf der Grundlage des aktuellen Bodenwerts. Bei dem derzeitigen Erbbauzins von 2% würden sie bei einer Laufzeit von 75 Jahren das Grundstück »anderthalbmal bezahlen«. Derzeit laufen viele alte Erbbaurechte von Genossenschaften aus. Für die Verlängerung legt der zuständige städtische Landesbetrieb für Immobilien und Grundvermögen (LIG) den aktuellen Bodenwert zugrunde. Wenn die Genossenschaften den bezahlen würden, müssten sie nach eigenen Angaben die Mieten teilweise um 2 bis 4 Euro/qm monatlich erhöhen.

Den Kritikpunkt der Genossenschaften mit der Berechnung des Erbbaurechts bei einer Verlängerung teile ich, die generelle Ablehnung nicht. Denn für die erstmalige Vergabe eines Erbbaurechts wie auch für dessen Verlängerung gibt es andere Möglichkeiten, die sowohl der Stadt als auch den Genossenschaften und anderen, gemeinwohlorientierten Wohnungsgesellschaften zugute kämen. Die Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus hat im März 2019 in einem Grundsatzpapier zur Liegenschaftspolitik gute Wege aufgezeigt, die auch für Hamburg umsetzbar sind und nachfolgend von mir aufgeführt werden ([www.linksfraktion.berlin/](http://www.linksfraktion.berlin/))

fileadmin/linksfraktion/download/2019/190317\_Klausur\_Beschluss\_Liegenschaften.pdf).

### Der Alternativvorschlag zum bisherigen Erbbauverfahren in Hamburg

- Die Vergabe von Nutzungsrechten (egal, ob für 30, 60, 99 oder mehr Jahre) erfolgt immer mit einer **konkreten Zweckbestimmung und Zweckbindung**.
- Die Wertermittlung der öffentlichen Grundstücke, die im Erbbauverfahren für gemeinwohlorientierte Nutzungen vergeben werden, soll sich an den **Erträgen der tatsächlichen Nutzung orientieren**. Die Loslösung von Verfahren einer marktorientierten Grundstückswertbestimmung ist Voraussetzung für eine lageunabhängige Realisierung von gemeinwohlorientierten Nutzungen.
- Auch die Gestaltung der **Erbbauzinsen** soll sich bei gemeinnützigen bzw. gemeinwohlorientierten Nutzungen

aus den Erträgen der in den Erbbauverfahren vereinbarten Nutzungen ableiten und im sogenannten Residualwertverfahren gebildet werden.

- Erbbauverfahren bieten – als wohnungspolitisches Instrument genutzt – insbesondere die Möglichkeit, **langfristige Bindungen** zu begründen, weil die im Erbbauverfahren zu vereinbarenden Laufzeiten über die typischen Bindungszeiträume von Förderprogrammen hinausgehen können. Erbbauverfahren auf Wohnbaugrundstücke sollen grundsätzlich nur noch an gemeinwohlorientierte Träger vergeben werden. Dabei orientieren sich die Grundstückswertermittlung und die Gestaltung der Erbbauzinsen an den Erträgen einer **nicht profitorientierten genossenschaftlichen oder gemeinwohlorientierten Wohnungswirtschaft**. Kombiniert mit einer Genossenschaftsförderung kann so preis- und belegungsgebundener Wohnraum entstehen.

## Auf zum MIETENmove 2019!



mietenwahnsinn stoppen.  
günstige räume für alle.

**MIETENmove!**  
hamburg demo 2019

4. mai · 13.00 uhr  
rathausmarkt [www.mietenmove.org](http://www.mietenmove.org)

Wir dokumentieren nachfolgend den diesjährigen Aufruf zur größten mieten- und wohnungspolitischen Demonstration des Jahres in Hamburg. Und wir freuen uns darauf, viele LINKE GenossInnen und LeserInnen des BürgerInnenbriefes dort zu treffen!

### Aufruf zum MIETENmove 2019 – mietenwahnsinn stoppen. günstige räume für alle.

Miete zu hoch. Keine günstige Wohnung in Sicht. Hamburger Wohnungsmarkt – absoluter Wahnsinn. Jede\*r dritte Mieter\*in fürchtet inzwischen, sich die Wohnung bald nicht mehr leisten zu können.

Beim ersten Mietenmove vor einem Jahr gingen etwa 8.000 Hamburger\*innen für eine solidarische und soziale Wohnungspolitik auf die Straße. Der Protest hat sich gelohnt: Mieterhöhungen bei der SAGA sind zwar nicht gänzlich ausgesetzt, aber inzwischen gedeckelt. Auch der Senat reagierte: In Zukunft sollen Grundstücke vermehrt im Wege des Erbbaurechts vergeben und nicht verkauft werden – leider aber nicht ausnahmslos. Und tatsächlich übt die Stadt seit kurzem ihr Vorkaufsrecht aus, um zahlreiche Mieter\*innen aus den Fängen von Miethaien zu retten.

Doch der Weg zu einer echten Wende hin zu einer sozialen Wohnungspolitik ist leider noch weit. Ein Beispiel: Jahr für Jahr werden immer noch tausende Baugenehmigungen für Wohnungen erteilt, die sich nur Besserverdienende leisten können. Und der Drittmix? Eine Fata Morgana. Nur etwa jede vierte neue Wohnung in Hamburg ist tatsächlich auch eine Sozialwohnung. Im Umkehrschluss können sich die meisten Hamburger\*innen rund 75% der neuen Wohnungen nicht leisten!

Günstige Wohnungen für Familien, Wohnungslose und Menschen mit geringem Einkommen bleiben Mangelware. Aber eine andere Wohnungspolitik, sogar im real existierenden Kapitalismus, ist möglich. Das zeigt sich z.B. in Wien oder Berlin. In Österreichs Hauptstadt wohnen fast Zweidrittel der Wiener\*innen in einer Wohnung mit gedeckelten Mieten. Und in Berlin hat die starke Mieter\*innen-Bewegung bei den kommunalen Wohnungsgesellschaften einkommensabhängige Mieten durchgesetzt und hunderte Wohnungen durch das Vorkaufsrecht gerettet.

### **Mehr Sozialwohnungen, für immer bezahlbar!**

Der Hamburger Senat hingegen lässt sich von der Wohnungswirtschaft erpressen. Mit fatalen Folgen für die Mieter\*innen. Die Zahl der Sozialwohnungen ist von 350.000 auf 80.000 zurückgegangen. Jetzt will der Senat den Bestand sichern. Immerhin. Aber: Hamburg braucht viel mehr preiswerte Wohnungen. Schließlich hat jede\*r zweite Hamburger\*in ein Anrecht auf eine Sozialwohnung. Die Regel beim Bau muss dabei lauten: Einmal gefördert, immer bezahlbar. Auf öffentlichem Grund sollten grundsätzlich nur noch Sozialwohnungen mit lang andauernder oder unbefristeter Mietpreisbindung gebaut werden.

### **Mehr Wohnungen für Arme, Obdachlose und Geflüchtete!**

Warum sind mehr preisgebundene Wohnungen so wichtig? Mehr als 30.000 Wohnungslose und Geflüchtete leben seit vielen Jahre ohne jegliche Rückzugsmöglichkeiten in eigentlich nur zur temporären Unterbringung gedachten Camps und Wohnunterkünften. Dabei wünschen sich Obdachlose, Alte, Jugendliche in Wohngruppen, Rollifahrer\*innen oder auch Frauen in Frauenhäusern nichts sehnlicher, als einfach zu wohnen. So wie alle anderen Hamburger\*innen auch. Deswegen: Hamburg muss vermehrt Wohnungen für sogenannte vordringlich Wohnungssuchende bauen.

### **Alternative Wohnformen stärken!**

Allerdings darf dies nicht auf Kosten alternativer Wohnformen wie Wohnprojekte oder auch Bauwagenplätze gehen. Sie müssen möglich und finanzierbar sein. Gemeinwohlorientierte Modelle wie Genossenschaften und Stiftungen müssen gestärkt werden. Und: Die SAGA darf keine Mieten mehr anheben.

### **Miethaie zu Fischbrötchen!**

Verantwortlich für immer wieder neue Rekordmieten sind aber nicht die SAGA, Genossenschaften und Stiftungen, sondern der profitorientierte Immobilienmarkt. Der Markt löst die Wohnraumkrise nicht, er ist Teil des Problems! Immobiliengesellschaften wie Akelius und andere pressen aus jedem Quadratmeter so viel Profit wie möglich. Wohnen darf keine Ware sein! Der Markt allein löst die Wohnraumkrise nicht, er ist Teil des Problems! Wenn diese Entwicklung so weitergeht, werden sich bald nur noch Besserverdienende ein Leben in der Stadt leisten können.

### **Monopol für alle! Viva la Bernie! Otzenbunker bleibt!**

Der Ausverkauf der Stadt muss enden. Kein weiterer Verkauf städtischer Grundstücke oder Wohnungen – auch kein Verkauf von Bundesimmobilien. In Rothenburgsort stehen Anwohner\*innen, Künstler\*innen und Studierende bereit, um die ehemalige Bundesmonopolverwaltung für Branntwein gemeinsam als neuen politischen, kulturellen und sozialen Ort zu entwickeln. In Altona machten die Mieter\*innen der Bernstorffstraße 117 mobil, um ihren Hinterhof zu erhalten und einem Investor wieder abzukaufen. Und auf St. Pauli kämpfen mehr als 100 Bands für den Erhalt des Otzenbunkers und das Vorzeigeprojekt in Sachen Bürgerbeteiligung – die neuen Esso-Häuser – ist in Gefahr. Die Politik ist gefragt, denn es darf nicht scheitern! Solche Wohnprojekte, soziale und kulturelle Einrichtungen sowie Kleingewerbe gehören zum städtischen Raum und müssen bewahrt und gestärkt werden. Im Sinn des Stadtteils und nicht nach Profitinteressen.

### **Gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik jetzt!**

Ein wirksamer Schutz vor Mieterhöhungen, kein Verkauf städtischer Flächen und mehr Sozialwohnungen – das wären wichtige Hebel. Profitorientierte Miethaie sollten wissen, dass die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit eröffnet, durch Vergesellschaftung für eine soziale und am Gemeinwohl orientierte Wohnungspolitik zu sorgen. Ein Blick in Artikel 15 des Grundgesetzes hilft. Danach kann »Grund und Boden ... zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden«. Wohnungspolitik muss sich nach den tatsächlichen Bedürfnissen der Bewohner\*innen richten, nicht nach wirtschaftlichen Interessen von Investoren. MIETENmove-Vorbereitungsgruppe, am 21. März 2019

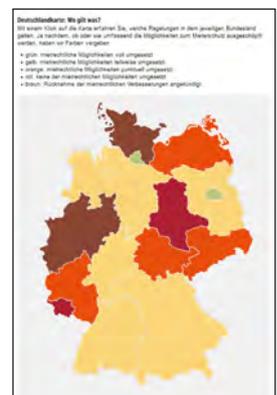
## Tipps und Termine

Eine soeben vorgelegte neue **Studie der Bundesbank** trägt den nicht überraschenden, aber doch interessanten Titel **Immobilien machen Deutsche reicher**. Der Bauboom hat in Deutschland das Nettovermögen wachsen lassen. Doch nur BesitzerInnen von Häusern und Eigentumswohnungen profitieren, MieterInnenhaushalte dagegen verfügen über wesentlich weniger Vermögen. Das in Deutschland kaum glaubliche Durchschnittsnettovermögen hat sich 2017 auf rund 232.800 Euro erhöht, 18.300 Euro mehr als noch 2014. »Für das Wachstum des Vermögens«, so die Meldung der »Tagesschau« vom 15. April, macht die Studie der Bundesbank u.a. »den Bauboom und gestiegene Immobilienpreise in Deutschland verantwortlich. Haus- und Wohnungsbesitzer steigerten demnach im Vergleich zu 2014 ihr Vermögen kräftig. Allerdings besitzen nur 44 Prozent der Deutschen Wohneigentum. An vielen Menschen geht der Immobilienboom somit vorbei. Mieterhaushalte und Haushalte der ärmeren Bevölkerungshälfte profitierten laut der Erhebung vor allem von höheren Einkommen. Laut der Untersuchung lag des Nettovermögen von Haus- und Wohnungsbesitzern bei durchschnittlich 277.000 Euro, in Mieterhaushalten bei durchschnittlich 10.400 Euro.« ([www.tagesschau.de/wirtschaft/immobilien-vermoegen-wachstum-101.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/immobilien-vermoegen-wachstum-101.html))



Seit einiger Zeit nehmen sich auch die **Gewerkschaften** der **Wohnungspolitik** verstärkt an, z.B. im Rahmen einer Aktionswoche vom 25. bis 29. März unter dem Motto »Bezahlbar ist die halbe Miete«. Mehr noch, in den vergangenen zwei, drei Jahren sind einige Studien von Andrej Holm und anderen kritischen WissenschaftlerInnen bei der **Hans-Böckler-Stiftung (HBS)** erschienen (darüber wurde in den letzten BürgerInnenbriefen informiert), nun gibt dieses gewerkschaftsnahe Institut offenbar auch einen in Abständen publizierten »Report« zum Thema aus. Die erste, im Februar erschienene, 52 Seiten umfassende Nummer dreht sich um das »Bauen für eine demokratische Stadt« und widmet sich u.a. der Wohnungskrise in Deutschland und den alternativen Bemühungen in Wien: [www.boeckler.de/pdf/p\\_01\\_report\\_02\\_2019.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_01_report_02_2019.pdf). Und auch die **Gewerkschaft ver.di** ist mit Materialien dabei, im Februar z.B. mit dem Material »Gutes Wohnen für alle. Für eine soziale Wohnungspolitik« (<https://wipo.verdi.de/publikationen/++co++71780b30-1fc1-11e9-a67a-525400f67940>).

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine vom **DGB** zusammengestellte **Deutschlandkarte mit dem herrschenden Mietrecht in den jeweiligen Bundesländern** ([www.dgb.de/themen/++co++e861f616-fd25-11e8-8453-52540088cada?fbclid=IwAR0LnVIN8V-\\_7AhMBjsiVn55JLbjhocCjo4MiPx76wYlduGHUv0vuORfp21](http://www.dgb.de/themen/++co++e861f616-fd25-11e8-8453-52540088cada?fbclid=IwAR0LnVIN8V-_7AhMBjsiVn55JLbjhocCjo4MiPx76wYlduGHUv0vuORfp21)). Die Stadtstaaten Hamburg und Berlin, das sei verraten, kommen dabei hinsichtlich der drei Faktoren Mietpreisbremse (über deren Wirkung gestritten wird), Kappungsgrenze und Kündigungssperrfrist vergleichsweise recht gut weg: »Mietrecht Hamburg: Die Mietpreisbremse gilt flächendeckend. Die abgesenkte Kappungsgrenze wurde flächendeckend eingeführt. Die verlängerte Kündigungssperrfrist auf 10 Jahre gilt flächendeckend. Fazit: Hamburg schöpft die mietrechtlichen Möglichkeiten flächendeckend voll aus.« Nun ja. Nicht enthalten sind in der Karte z.B. die städtebaulichen Instrumente Zweckentfremdungs- und Umwandlungsverbot.



Und natürlich ist auch **DIE LINKE** im Spiel, wenn es um die Wohnungsmisere geht. Am 1. April stellte der Ko-Vorsitzende der Partei, Bernd Riexinger, ein zwar nur zweiseitiges, aber inhaltsschwangeres Forderungspapier vor: **Keine Rendite mit der Miete – So machen wir Wohnen europaweit bezahlbar**. DIE LINKE unterbreitet darin fünf Vorschläge für bezahlbaren Wohnraum in Europa und positioniert sich zum sozialen Wohnungsbau, zur energetischen Sanierung, zur Enteignung von Immobilienkonzernen, zur Verhinderung von Zweckentfremdung und zur Mietendeckelung ([www.die-linke.de/fileadmin/download/kampagne/miete/texte/2019\\_04\\_01\\_LINKE\\_Plan\\_für\\_bezahlbare\\_Mieten.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/kampagne/miete/texte/2019_04_01_LINKE_Plan_für_bezahlbare_Mieten.pdf)).



**Gut und bezahlbar Wohnungen bauen**, das ist das Thema einer von der **Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen** (BSW) bereits im Herbst letzten Jahres herausgegebenen, 24seitigen Broschüre. Dokumentiert werden die Beiträge einer Stadtwerkstatt zum Neuen Wohnen in Hamburg Ende November 2017 ([www.hamburg.de/contentblob/11596842/89c29e696f599ef064e99bc553f8e68b/data/d-broschuere-sws-14.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/11596842/89c29e696f599ef064e99bc553f8e68b/data/d-broschuere-sws-14.pdf)).

Und schließlich sei auch noch die am 12. April vom **Verband Sparda-Banken** herausgegebene Studie **Wohnen in Deutschland 2019**. Auf 70 Seiten hat die Banken-Gruppe zum dritten Mal (nach 2014 und 2017) vielerlei Ergebnisse und Tendenzen in der Wohnungspolitik zusammengefasst. Das Anliegen ist allerdings vor allem dieses: »Immobilienkäufern finanzielle Orientierungshilfe« zu geben. Aber es heißt in der entsprechenden Presseinformation vom 12. April zugleich und kategorisch: »Politik muss endlich entschlossen handeln, um den Preis-, Wohnraum- und Verkehrskollaps in den Metropolregionen zu verhindern« ([www.presseportal.de/pm/17908/4244258](http://www.presseportal.de/pm/17908/4244258)).

Ende Februar hatte eine von NDR90,3 bei infratest dimap in Auftrag gegebene Umfrage ergeben, dass – als gegenwärtig **größte Probleme in der Elbmetropole – der Verkehr und das Wohnen** ganz oben auf der Agenda stehen. Danach fordern 38% der Befragten »eine Lösung in Fragen der Mobilität«, für 32% der HamburgerInnen ist die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt »ein immer größeres Thema« ([www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Umfrage-Verkehr-sorgt-fuer-Unmut-in-Hamburg,buergerschaftswahl138.html](http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Umfrage-Verkehr-sorgt-fuer-Unmut-in-Hamburg,buergerschaftswahl138.html)). Eine Ursache für die weit verbreitete Unzufriedenheit im Verkehrsbereich sind sicherlich die permanent steigenden HVV-Preise, aber nicht zuletzt auch die miesen Bedingungen für RadfahrerInnen. Letzteres unterstreicht der jüngste **Radklima-Test des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC)** vom April 2019. Bei einer Erhebung unter den 39 größten Städten in Deutschland hat sich Hamburg zwar leicht verbessert (von Rang 31 auf 25), bekommt im Ranking aber doch nur die Note 4,21. Aspekte sind dabei die mangelnde Sicherheit, die mäßige Infrastruktur und der fehlende Komfort; Radwege, Ampelschaltungen und die anhaltende Bevorzugung des Autos machen dauerhaft ärgerlich. Mehr dazu hier: [www.fahrradklima-test.de/](http://www.fahrradklima-test.de/)



Zu einem ähnlich schlechten Ergebnis war auch eine bereits im November 2018 vorgelegte 37seitige Untersuchung von Allianz pro Schiene, BUND, DVR und Quotas gekommen. Im **Bundesländerindex Mobilität & Umwelt** kam Hamburg auf den vorvorletzten Platz (vor Bayern und Niedersachsen). Hier werden u.a. diese Aspekte genannt: hohe Zahl der Getöteten im Straßenverkehr, fehlende Klimaschutzziele, hoher Flächenverbrauch. Mehr hier: [www.allianz-pro-schiene.de/wp-content/uploads/2018/11/181106-Bundeslaenderindex-2018-19.pdf](http://www.allianz-pro-schiene.de/wp-content/uploads/2018/11/181106-Bundeslaenderindex-2018-19.pdf)

Eine nachahmenswerte Entscheidung hat **Rostock** getroffen: Ab dem neuen Schuljahr, also ab Sommer 2019, fahren die dortigen SchülerInnen mit allen Bussen, Straßen- und S-Bahnen kostenfrei. 24.000 Kinder und Jugendliche werden zukünftig in den Genuss des **kostenlosen Nahverkehrstickets** kommen. »Ich bin froh«, so zitiert die »Ostsee-Zeitung« am 3. April Rostocks Schulsenator Steffen Bockhahn (DIE LINKE), »dass wir diese Hürde nehmen konnten« ([www.ostsee-zeitung.de/Mecklenburg/Rostock/Nun-also-doch-Rostocks-Schueler-fahren-kostenfrei-Bus-und-Bahn](http://www.ostsee-zeitung.de/Mecklenburg/Rostock/Nun-also-doch-Rostocks-Schueler-fahren-kostenfrei-Bus-und-Bahn)). Der neue »Hamburg-Tarif« fällt dagegen doch weit ab (s. den entsprechenden Artikel auf S. 13f. in diesem BürgerInnenbrief).

Ein unter diesem Namen noch recht neuer, privater **Anbieter von Rundgängen** ist **vergangenundvergessen**. Schwerpunkt sind neben touristischen Highlights auch politisch-historische Erkundungen, beispielsweise zum Weltkulturerbe Chilehaus unterhalb der (noch stehenden) Cityhof-Türme oder auch das Jüdische Hamburg. Auf dem Programm steht nicht zuletzt »Die Gummistiefeltour ... durch die Pfützen von Hamburg«, ein Rundgang speziell für Kinder, der veranschaulichen soll, was es heißt,



dass in Hamburg an 133 Tagen im Jahr das Wasser von oben kommt. Mehr zum gesamten Angebot unter [www.vergangenundvergessen.de](http://www.vergangenundvergessen.de).



Der viel größere und ältere Bruder unter den privaten **Rundgangsaniern** ist natürlich **stattreisen Hamburg** ([www.stattreisen-hamburg.de](http://www.stattreisen-hamburg.de)). Und zu vergessen sind auch nicht die gemeinnützigen Hamburger **Geschichtswerkstätten**, die unter dem Signum **Kiek mol** alleine hunderte Spaziergänge durch etliche Stadtteile übers Jahr anbieten ([www.geschichtswerkstaetten-hamburg.de](http://www.geschichtswerkstaetten-hamburg.de) oder [https://geschichtswerkstaetten-hamburg.de/html/kiek\\_mol.html](https://geschichtswerkstaetten-hamburg.de/html/kiek_mol.html)). Wer die eigene Stadt und die Quartiere kennenlernen will, findet hier immer was. Und die Rundgangssaison ist gerade wieder eröffnet, noch vor den Freibädern!

Am Ostermontag, diesmal am **22. April**, findet traditionell der **Hamburger Ostermarsch** des Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V. statt. Unter den Parolen Atomwaffen abschaffen, Abrüsten statt Aufrüsten, Entspannungspolitik jetzt! geht es auch in diesem Jahr wieder durch St. Georg. Auftakt ist um 12.00 Uhr der St. Georgs Kirchhof unterhalb der Dreieinigkeitskirche, wo um 11.30 Uhr bereits eine Osterandacht vorgesehen ist. Den Abschluss gegen 13.30 Uhr bildet eine Kundgebung und ein nachmittägliches Friedensfest auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz. Den Aufruf im Netz findet mensch hier: [http://daten2.verwaltungsportal.de/dateien/seitengenerator/db9860e8abd8adaf8fa7c3482711513186743/8078a1289cb-cfb9e5b7343e3da30e107\\_flugblatt-ostermarsch-2019-neu.pdf](http://daten2.verwaltungsportal.de/dateien/seitengenerator/db9860e8abd8adaf8fa7c3482711513186743/8078a1289cb-cfb9e5b7343e3da30e107_flugblatt-ostermarsch-2019-neu.pdf). In diesem Jahr ruft übrigens auch der DGB Hamburg zur Beteiligung an der Demonstration mit einem eigenen Block auf: [http://daten2.verwaltungsportal.de/dateien/seitengenerator/db9860e8abd8adaf8fa7c3482711513186743/dgbhamburgostermarsch\\_2019\\_aufruf.pdf](http://daten2.verwaltungsportal.de/dateien/seitengenerator/db9860e8abd8adaf8fa7c3482711513186743/dgbhamburgostermarsch_2019_aufruf.pdf)



Die Linksfraktion hat in den vergangenen Wochen mehrere, jeweils gut besuchte Veranstaltungen zu internationalen Fragen durchgeführt. Am **Freitag, den 26. April**, geht es um die **Medizinische Versorgung und demokratische Selbstverwaltung in Rojava (Nordsyrien)**. Referent der um 19.00 Uhr im Musiksaal des Gewerkschaftshauses (Besenbinderhof 57a) stattfindenden Veranstaltung ist Dr. Michael Wilk, Notarzt und Psychotherapeut, der gerade aus Rojava zurückgekehrt ist.



**Aufklärung statt Kameras**, so lautet der Titel einer Veranstaltung der Initiative \_statt-Kameras und des Einwohnervers eins St. Georg, die sich gegen die Installierung von 16 Kameras zur »Überwachung« des Hansaplatzes ab Sommer 2019 wehren. Der **Informations- und Austauschabend über die (geplante) Videoüberwachung am Hansaplatz St. Georg** ist für **Dienstag, den 30. April**, um 19.00 Uhr in der Paula der Heinrich-Wolgast-Schule (Carl-von-Ossietzky-Platz) angekündigt. Podiumsgäste sind Dr. Nils Zurawski (Kriminologe an der Universität Hamburg), Maïke Schmidt-Grabia (Sprecherin des Vereins Digitalcourage e.V., Bremen) sowie Farid Müller, Bürgerschaftsabgeordneter der GRÜNEN.

Der **1. Mai** fällt in diesem Jahr auf einen **Mittwoch**. Traditionell gibt es wieder drei **gewerkschaftliche Maiumzüge** in Hamburg. In der »Stadt« geht es um 11.00 Uhr ab Bahnhof Dammtor »auf die Straße für ein solidarisches und gerechtes Europa« (so der diesjährige Slogan), die Schlusskundgebung ist für 12.00 Uhr auf der Kreuzung Osterstraße/Heuss-

weg in Eimsbüttel vorgesehen. SprecherInnen sind Hamburgs DGB-Vorsitzende Katja Karger, ver.di-Chef Frank Bsirske und Fanny Weisser von der DGB-Jugend. In Bergedorf wird bereits um 10.00 Uhr auf dem Lohbrügger Markt gestartet, gefolgt von der Kundgebung gegen 11.00 Uhr auf dem Rathauspark. Auch in Hamburg beginnt die Demonstration um 10.00 Uhr, hier geht es vom Herbert-Wehner-Platz zum Kulturzentrum Rieckhof (11.00 Uhr).



Am **Samstag, den 4. Mai**, wird der diesjährige **MIETENmove** stattfinden, die Großdemonstration der HamburgerInnen gegen Mietenwahn und Wohnungsnot. Auftakt ist um 13.00 Uhr auf dem Rathausmarkt. Siehe dazu den Aufruf in diesem »BürgerInnenbrief«, S. 4.

**Die europäische Flüchtlingspolitik und ihre Auswirkungen** stehen am **Dienstag, den 7. Mai**, auf der Agenda. Die Hamburger ATTAC-



Arbeitsgruppe Europa möchte über die Politik der Europäischen Union – von den Vereinbarungen zur Verhinderung der Zuwanderung bis hin zu den Bedingungen für Geflüchtete auf dem Kontinent – informieren, rechtzeitig vor der Wahl zum Europäischen Parlament. Referent der um 19.00 Uhr im Centro Sociale (Feldstraße 2) beginnenden Veranstaltung ist Olaf Bernau, aktiv beim transnationalen Basiswerk Afrique-Europe-Interact.



Foto: Birgit Otte

Am **Freitag, den 10. Mai**, lädt die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft ein zu einer **szenischen Lesung** über **Hundert Jahre Einheitsschule**. Im Zuge der Revolution verabschiedete die Bürgerschaft 1919

erstmalig das Gesetz zur Einführung einer Einheitsschule in Hamburg. Der Antrag war damals von den Liberalen auf Vorlage des vom Arbeiter- und Soldatenrat eingesetzten Lehrerrats eingebracht worden. Die Lesung unter Beteiligung u.a. von Dorothee Bittscheid, Hans-Peter de Lorent, Sieglinde Frieß, Mathias Petersen, Kaija Kutter, David Stoop und Zaklin Nastic soll nicht nur an das historische Datum erinnern, sondern auch die Bedeutung einer Einheitsschule für das demokratische und egalitäre Gemeinwesen herauskristalisieren. Die Veranstaltung beginnt um 18.00 Uhr im Kaisersaal des Rathauses.



Vom **17. bis 19. Mai** findet das **5. Treffen der bundesweiten Recht-auf-Stadt-Gruppen** statt. Nicht zufällig in Hamburg, denn das RaS-Netzwerk in unserer Stadt kann im Herbst auf **zehn Jahre** Engagement blicken. Die Auftaktveranstaltung ist für **Freitag, den 17. Mai**, ab 14.00 Uhr im Centro Sociale (Sternstraße 2) geplant. Mehr dazu auch hier: [www.centrosociale.de/2019-05-17/5rechtaufstadt-forum10-jahre-ras](http://www.centrosociale.de/2019-05-17/5rechtaufstadt-forum10-jahre-ras).

Am **Sonntag, den 19. Mai**, also eine Woche vor der Wahl zum Europäischen Parlament, wird deutschland-, ja europaweit demonstriert. **Ein Europa für Alle – Deine Stimme gegen Nationalismus** lautet die Parole, und es gilt an diesem Tag, mittels der **Demo** ein kräftiges Zeichen gegen Menschenverachtung und Rassismus zu setzen. Großdemonstrationen sind u.a. für Berlin, Frankfurt, Köln, Leipzig, München und Stuttgart angekündigt. In Hamburg findet die Auftaktkundgebung um 12.00 Uhr auf dem Rathausmarkt statt. Mehr dazu unter [www.ein-europa-fuer-alle.de](http://www.ein-europa-fuer-alle.de). Mehr unter [www.attac-netzwerk.de/hamburg/ags/europa](http://www.attac-netzwerk.de/hamburg/ags/europa).



Und zuletzt: Save the date(s), in diesem Falle schon einmal mittelfristig für das letzte Septemberwochenende: Am **Samstag, den 28.9.2019**, findet der ganztägige **Mietenpolitische Ratschlag** der linken Bundestagsfraktion und der Bürgerschaftsfraktion Hamburg statt, interessante Themen und ReferentInnen garantiert. Und für **Sonntag, den 29. September**, wird gegenwärtig



eine **Versammlung der Stadtteile** angedacht, die Möglichkeit einer großen Manifestation der Hamburger Quartiere und ihrer vielfältigen Initiativen und Vereine. Den Impuls dafür hatte die hamburgische Recht-auf-Stadt-Bewegung gesetzt, am 4. April fand nun mit rund 40 TeilnehmerInnen eine erste Auftakt- und Vorbereitungsversammlung statt. In den nächsten Ausgaben des »BB« berichten wir mehr unter dem Arbeitstitel **Stadt für Alle**.

## AfD-Denunziantenportal

Christiane Schneider über eine starke Zivilgesellschaft und einen schwachen Schulsenator



Hamburger SchülerInnen demonstrieren gegen Rechts (Foto: Christiane Schneider)

Mit einer Kleinen Anfrage – gestellt zu Beginn der 14-tägigen Märzferien – entfachte die Hamburger AfD-Fraktion einen Konflikt, der große Wellen geschlagen hat. Zuletzt gipfelte er in der Forderung der Linksfraktion nach Rücktritt des SPD-Schulsenators.

### Die Schule als geschützten Raum verteidigen

Die AfD-Fraktionen in den Landesparlamenten betreiben anonyme Meldeportale, mit denen sie LehrerInnen und SchülerInnen auffordern, Verstöße gegen die »Neutralitätspflicht«, wie sie vorgibt, tatsächlich aber AfD-kritische Äußerungen und Aktivitäten zu melden. Der »Erfinder« dieses Denunziantenportals ist der Hamburger AfD-Abgeordnete Alexander Wolf, ein Abgeordneter mit völkisch-nationalistischem Hintergrund und einer langen rechten Biografie, u.a. als Mitglied und Alter Herr der extrem rechten Burschenschaft Danubia. Mit seiner reich bebilderten Kleinen Anfrage zielte er auf die Ida-Ehre-Schule, deren Selbstverständnis lautet: »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«.

In der Kleinen Anfrage ging es im Wesentlichen um eine Sammlung linker und antifaschistischer Aufkleber auf der

Pinnwand in einem Klassenraum, um einige Aufkleber im Schulgebäude und an der Eingangstür, um einen hingemalten Schriftzug »ACAB« und um ein Foto, das SchülerInnen in einem Klassenraum mit einem Transparent gegen den »Schulpranger« der AfD zeigt.

Bei Ferienbeginn war es der Schulleitung im ihr zugebilligten äußerst knappen Zeitraum unmöglich, den Hintergrund der von der AfD präsentierten Bilder aufzuklären. Die Schulbehörde und ihr Präses Ties Rabe hatte dennoch nichts Eiligeres zu tun, als alle Aufkleber und Schmierereien entfernen zu lassen, einer Fachlehrerkonferenz aufzugeben, sich damit zu beschäftigen, inwieweit das politische Neutralitätsgebot an der Schule eingehalten werde, und die Anfrage zur Genugtuung der AfD zu beantworten.

Unmittelbar nach den Schulferien stieg das »Hamburger Abendblatt« mit der Schlagzeile »Linksextremisten agieren ungestört an Schule« ein. In einem Kommentar, den er später allerdings selbst kritisch sah, schrieb der Journalist: »Dafür, dass eine Schule Extremisten so den roten Teppich ausrollt, gibt es zwei mögliche Erklärungen: Entweder sind die verantwortlichen Lehrer so ahnungslos, dass man sich fragt, was

sie ihren Schülern beibringen. Oder sie halten linken Extremismus (anders als rechten) für eine im Grunde gute Sache.«

Erst nachdem die Schule wieder angelaufen war, konnte die Schulleitung die Vorwürfe aufklären und in fast allen Punkten zurückweisen. Die Aufklebersammlung an der Pinnwand stand im Zusammenhang eines mehrwöchigen Kunstprojekts der Oberstufe: »Sich einmischen - Kunst als kulturelle Kompetenz«. Die SchülerInnen konnten dabei, sofern niemand Einspruch erhob, Aufkleber, Bilder und Texte an die Pinnwand heften. Die monierten Aufkleber im Gebäude befanden sich nicht öffentlich einsehbar in einer Sitzecke, sie trage, so die Schulleitung, selbstverständlich die Verantwortung, dass sie entfernt würden. Das Foto mit dem Transparent entstand für einen von der Stadt ausgeschriebenen Wettbewerb, an dem einige erwachsene SchülerInnen teilnahmen und dafür nach Rückfrage den Klassenraum nutzen konnten.

Die Schulbehörde hat ängstlich agiert und ist unnötig vorgeprescht, anstatt sorgfältig aufzuklären. Dass sie dafür Zeit braucht, hätte sie in der Antwort gut begründen können. So aber hat sie das AfD-Denunziantenportal geadelt und dem Angriff eine Wucht verliehen, die er sonst nicht erreicht hätte. Das kritisierte unsere schulpolitische Sprecherin Sabine Boeddinghaus in ihrer nachfolgend dokumentierten Rede in der Bürgerschaft am 27. März. Obwohl auch die CDU-Rednerin den Schulsenator kritisierte und Rot-Grün die Verteidigung versagten, blieb er selbst stumm. Kein Wort zum Sachverhalt, kein Wort der Selbstkritik, bis heute nicht. Einen Fehler habe er nicht gemacht, beharrt er.

Das war noch nicht alles. Tage später wurde bekannt, dass die Schulbehörde einem benachbarten Gymnasium zum Thema »Menschenrechte und Extremismus in der EU« als parlamentarischen Experten ausgerechnet Herrn Wolf empfahl. Das ließ der Senator seinen Pressesprecher zunächst bestreiten, bis er es in Beantwortung einer Kleinen Anfrage von Sabine Boeddinghaus dann doch zugeben musste. Zu Recht kritisierte unsere schulpolitische Sprecherin in einem Interview, dass der Schulsenator Parlament und Schule verwechselt: Selbstverständlich hätten wir im Parlament die Aufgabe, uns argumentativ mit der AfD auseinanderzusetzen, aber die Schule sei ein geschützter Raum, und dass er das sein kann, dafür habe der Senat zu sorgen. Dabei hat er versagt.

### Ein Versuch, Antifaschismus zu delegitimieren

Seit langem versucht die Rechte, Antifaschismus zu delegitimieren, ja zu kriminalisieren. Das haben in diesem Fall bis auf die taz alle Hamburger Printmedien unbesehen angenommen und Antifaschismus als linksextremistisch und gewalttätig diffamiert. Dies traf konkret die erst ein Jahr bestehende Antifa Altona-Ost, einen schnell wachsenden Zusammenschluss junger Menschen. Er ist auf vielen Feldern aktiv. So organisiert er regelmäßig einen Jugendblock bei den Demonstrationen gegen die rechten »Merkel-muss-weg«-Kundgebungen, engagiert sich gegen den Mietenwahnsinn, unterstützte den Frauenstreik und vieles mehr. Diese junge Organisation sah sich unerwartet wuchtigen Vorwürfen und einer massiven Hetze ausgesetzt.



Sticker des Anstoßes aus der AfD-Anfrage

Eine unangenehme Rolle spielt dabei das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz. Kaum hatte es die Gründung der Gruppe mitbekommen, stuft es sie als »linksextremistisch« ein und machte sie zum Beobachtungsobjekt. Die »Begründung«, die man der AfD und dem Abendblatt lieferte, ist so hanebüchen, dass sie hier weitgehend zitiert werden soll: »Die »Antifa Altona Ost (AAO)« gehört zu den autonomen antifaschistischen Gruppierungen. Ziel ist die Verteidigung des multikulturellen Anspruchs Altonas gegen »Rechts« und der Organisation der antifaschistischen und antikapitalistischen Arbeit des Stadtteils. Dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) liegen Erkenntnisse vor, dass die AAO Kontakte zu anderen antifaschistischen Gruppierungen unterhält.« Zur »Gewaltbereitschaft« der AAO gab er diese Auskunft: »Dem LfV Hamburg liegen bislang keine konkreten Informationen ... vor. Bei antifaschistischen Gruppierungen ist zumindest Gewaltausübung gegen Personen, welche dem rechten Spektrum zugeordnet werden, grundsätzlich akzeptiert.« Nun ist es bei einer deduktiven logischen Folgerung unvermeidlich, dass die unzulässige Prämisse (d.h. die Regel: alle xxx sind ... soundso) zu einem unzulässigem Ergebnis führt. Aber wen stört das schon? Welche »Schutzgüter« der Verfassung durch die so charakterisierte Antifa Altona-Ost bedroht sein sollen, weiß das LfV wahrscheinlich nicht mal selbst. Mit seiner Auskunft manipulierte es die öffentliche Meinungsbildung. Die Antifa Altona-Ost antwortete mit einer erfrischenden und klaren Stellungnahme, die sich auf ihrer Facebookseite findet.

Gegen diese Delegitimierungsversuche und die Angriffe auf die Ida-Ehre-Schule setzte schnell eine große Solidarisierungswelle ein. Eine kurzfristig angesetzte Demonstration zählte 3.000 Teilnehmende. SchülerInnen vieler Schulen solidarisierten sich mit der Ida-Ehre-Schule, zahlreiche Menschen meldeten sich zu Wort und bestärkten die Angegriffenen. Das Interesse, sich mit der AfD und rechter Hetze auseinanderzusetzen, ist innerhalb und außerhalb der Schulen stark gestiegen. Das Kollegium der Schule bedankte sich für die Solidarität: Auf der Webseite der Schule prangt ein Bild, das die LehrerInnen mit zahlreichen Plakaten zeigt wie »Antifaschismus ist Pflicht« - »Politische Bildung ist nicht neutral«. Das Interesse, sich mit der AfD und rechter Hetze auseinanderzusetzen, ist innerhalb und außerhalb der Schulen stark gestiegen.

# Volle Solidarität mit der Ida Ehre Schule

Rede der Fraktionsvorsitzenden der Linksfraktion Sabine Boeddinghaus in der Bürgerschaftssitzung am 27. März



Foto: Christiane Schneider

Wir sind beeindruckt von der klaren Haltung der Schulleitung gegen eine »Diskursverschiebung in die Richtung, dass Antifaschismus an Schulen nicht gewünscht sei oder der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung widerspreche«.

Wir sind beeindruckt von den jungen Menschen, die deutlich sagen, wir sind Antifa, aber nicht gewalttätig; und wir sind beeindruckt von den Eltern, die ebenfalls Haltung gegen rechts beziehen. Sie alle, weitere Schulen, die GEW und der DGB gemeinsam mit der kraftvollen und bunten Demo am Sonntag senden eine wichtige Botschaft in die Stadt: Antifaschismus ist Verpflichtung, Faschismus ist ein Verbrechen!

Als bildungspolitischer Sprecher sitzt Herr Wolf, wenn überhaupt, im Fachausschuss und schweigt zu allen relevanten Themen. Er interessiert sich nicht die Bohne für die alltäglichen schulischen Belange der SchülerInnen und LehrerInnen. Sein alleiniges Streben und Trachten ist das Säen von Ängsten, Misstrauen, Anfeindungen, miesen Unterstellungen, das Spalten von Schulgemeinschaften. Deshalb ist für uns ganz klar: das Hetz- und Denunziantenportal der AfD ist völlig inakzeptabel.

Und daher darf es hier im Haus von niemandem heißen, wir finden das ja auch schlecht, aber ... Nein, kein aber! Das Portal ist ein Kultur- und Tabubruch und gehört sofort abgeschaltet!

Leider hat sich die Behörde nicht mit Ruhm bekleckert. Ich kann Ihnen das nicht ersparen, Herr Senator! Denn anders als Vertreter der Presse, die sich der öffentlichen Debatte gestellt und daraus Konsequenzen gezogen haben, verteidigte die Behörde für Schule und Berufsbildung ihr übereiltes und unreflektiertes Vorgehen auf sture Art und Weise. Das überrascht zwar nicht, ist aber in diesem Fall besonders erschreckend und bleibt sicher nicht ohne Folgen für das Klima an unseren

Schulen, und das ist fatal. Und Sie tragen mit Verantwortung für die Debatte heute!

Sie sind aus mir unerfindlichen Gründen über das Stöckchen der AfD gesprungen und haben sich damit von deren niederen Beweggründen instrumentalisieren lassen. Natürlich hätten Sie den Spielraum gehabt, diese Schriftliche Kleine Anfrage mit Hinweis auf die Ferien und die notwendige Rückkoppelung mit der Schule ohne ihren Aktionismus zu beantworten.

Ihre Botschaft an die Schule hätte lauten müssen: Die Behörde steht an der Seite der Schulen und lässt nicht zu, dass eine rechtspopulistische, fremdenfeindliche Partei den Spaltpilz zwischen die Schulen und ihren Dienstherrn pflanzen kann! Ihre Botschaft hätte weiter sein müssen, die Behörde und ich als ihr Präses treten ohne Wenn und Aber ein gegen Rassismus und Diskriminierung! Und Sie hätten noch einmal deutlich machen müssen, dass das Neutralitätsverbot nicht zu verwechseln ist mit Meinungs- und Haltungslosigkeit! Ganz im Gegenteil.

Demokratieerziehung, Meinungsbildungsprozesse, das Ausprobieren verschiedener Aktionsformen, das gemeinsame Ringen um Positionen, auch das Erkennen und Korrigieren von Fehlern und das Entwickeln von gesellschaftlichem Engagement, finden im geschützten Raum von Schule statt. Und für diesen Schutz haben Sie zu sorgen, Herr Senator.

Ich bitte Sie sehr, in diesem Sinne heute klar Stellung zu beziehen, und ich finde es überhaupt nicht ehrenrührig, wenn auch Sie einen Fehler zugestehen und korrigieren würden. Das würde Ihnen Respekt einbringen und ich wäre die erste, die Ihnen den erweisen würde! Denn unsere gemeinsame Botschaft muss doch lauten: Die AfD ist KEINE Alternative, und sie ist eine Gefahr für den Schulfrieden und die Demokratie!

# Verkehrsnachrichten

Von Heike Sudmann



Stau totale in der Langen Reihe (Foto: Michael Joho)

Seit in einer Umfrage HamburgerInnen das Thema Verkehr zum drängenden Problem erklärt haben (siehe weiter oben), zeigen sich interessante und auch skurrile Entwicklungen bei den anderen Bürgerschaftsfraktionen. Was gestern noch abgelehnt wurde – auch und gerade wenn es um Anträge der LINKEN ging –, wird heute zum eigenen Erfolgsthema stilisiert. So sehr es mich freuen würde, wenn es in Hamburg endlich eine Verkehrswende gäbe, so skeptisch bin ich bei diesen Wahlkampfversprechen.

## HVV-Fahrpreise

Ende 2018 hatte DIE LINKE (zum wiederholten Mal) beantragt, dass

- die morgendliche Sperrzeit der SeniorInnentickets aufgehoben wird,
- mit dem SeniorInnenticket kostenfrei bis zu drei Kinder mitgenommen werden dürfen,
- nicht nur die SeniorInnen in der Grundsicherung, sondern alle Sozialkartenberechtigten kostenfrei Bus und Bahn nutzen dürfen;
- SchülerInnen, Auszubildende und Studierende den HVV kostenfrei nutzen dürfen;
- zeitgleich zu einem massiven Ausbau des Bus- und Bahnangebots in Hamburg die Fahrpreise für alle anderen im ersten Schritt gesenkt werden und im 2. Schritt das Wiener Modell mit dem 365-Euro-Jahresticket in Hamburg eingeführt wird.

Unsere Anträge wurden von allen anderen Parteien abgelehnt.

Doch neues Jahr, neues Glück. Zuerst überraschte die *rot-grüne Bürgerschaftskoalition* mit einem Antrag zum Wegfall der Sperrzeiten für SeniorInnen ab 2020. Dem folgte der Antrag für die Senkung der Fahrpreise für Auszubildende.

Ende März war dann der HVV Thema des Landesparteitages der *SPD*. So forderten etliche Delegierte, u.a. der frühere

Parteichef und jetzige Vorsitzende des Haushaltsausschusses der Bürgerschaft, Mathias Petersen, eine Einführung des 365-Euro-Jahrestickets. Eine Mehrheit gab es dafür nicht. Beschlossen wurde laut Pressemitteilung der SPD vom 30. März ein »Hamburg-Tarif – Einheitlich, verständlich, fair und bezahlbar ... Zu Beginn der nächsten Legislaturperiode wird das HVV-Jugendticket eingeführt. Geplant ist ein gemeinsames Tarifangebot für Schülerinnen und Schüler, Fach- und Berufsschüler und Auszubildende, das es ermöglicht ab 365 Euro im Jahr, im HVV-Großbereich mobil zu sein. Das HVV-Jugendticket ergänzt das Semesterticket, das bereits jetzt für Studentinnen und Studenten gilt.«

Die *CDU*, die zusammen mit den *Grünen* die jährliche Fahrpreiserhöhung des HVV auf den Weg gebracht hat, will nun »nur noch« eine jährliche Steigerung in Höhe der Inflationsrate. Nachdem der grüne Umweltsenator im Januar unter der Überschrift »Steig um« AutofahrerInnen, die ihr Auto drei Monate lang stehen lassen, mit 400 Euro monatlich belohnt (s. »BürgerInnenbrief« im Januar 2019, S. 10), setzt die *CDU* jetzt noch einen drauf: AutofahrerInnen, die ihr Auto abmelden, sollen dafür zwei Jahre lang ein HVV-Jahresticket für 365 Euro bekommen. Autofahren lohnt sich eben doch. Wer hingegen umweltbewusst seit Jahren den HVV nutzt, bekommt nichts geschenkt.

## Fünf-Minuten-Takt? Oder doch nur Hamburg-Takt?

Liebe Leserinnen und Leser, seid ihr/sind Sie auch auf den geschickten Marketing-Trick der SPD hereingefallen? Auf ihrem bereits erwähnten Landesparteitakt Ende März hat die *SPD* Hamburg die Einführung eines »Hamburg-Takts« für 2029 beschlossen. »Innerhalb von fünf Minuten soll jede Hamburgerin und jeder Hamburger ein passendes öffentliches Mobilitätsangebot erreichen.«

Als heutige Regierungspartei ein Versprechen für zehn Jahre später zu machen, mutet schon seltsam an. Doch viel in-

interessanter ist, was die SPD nicht beschlossen hat: Nicht der HVV soll den 5-Minuten-Takt sichern, sondern die Shuttle-Services neuer Mobilitätsanbieter wie MOIA und ioki. Und für diese müssen die HVV-KundInnen schon heute zuzahlen. Statt das HVV-Angebot auszubauen, will die SPD Privatunternehmen wie der VW-Tochter MOIA einen Absatzmarkt sichern. Bei diesem Stückwerk ist es kein Wunder, dass der rot-grüne Senat keinen Verkehrsentwicklungsplan für eine zukunftsfähige und nachhaltige Mobilität in der Stadt vorlegen kann oder will.

### Radverkehr – Fahrradstadt Hamburg nicht in Sicht

Der ADFC hat Anfang April die Hamburger Ergebnisse des bundesweiten »Fahrradklima-Test 2018« vorgestellt (siehe auch oben). Demnach hat sich die Gesamtnote für das Radfahren in Hamburg weiter verschlechtert, von 4,19 auf 4,21

(»ausreichend«). Das Fahrrad- und Verkehrsklima ist von der Note 3,7 im Jahre 2014 auf 4,0 in 2018 gesunken. Das Sicherheitsgefühl ist wie 2016 auch in 2018 mit 4,7 sehr schlecht bewertet.

Die schlechten Ergebnisse sind für mich der traurige Beleg, dass Radfahren in Hamburg immer noch nicht vergnügungssteuerpflichtig ist. Der von den Grünen sich selbst verliehene Titel »Fahrradstadt Hamburg« ist eine reine Schutzbehauptung. Damit soll von der unvermindert autofixierten Politik des Senats abgelenkt werden. Hamburg braucht endlich eine Umverteilung des Straßenraums zugunsten der umweltfreundlichen Verkehrsmittel. Mit richtig breiten Radstreifen statt Schmalspurausgaben, die vielen Angst machen. Und ganz ohne Frage braucht Hamburg die flächendeckende Einführung von Tempo 30 – für mehr Sicherheit und weniger Lärm.

## City-Hof: Es geht noch schlimmer

Von Heike Sudmann



Cityhof, 20.3.2019 (Foto: Heike Sudmann)

Wie der Senat trickst und das, was nicht passt, passend macht, habe ich im »BürgerInnenbrief« schon öfter beschrieben. Und immer, wenn ich denke, noch schlimmer geht es eigentlich nicht mehr, kommen weitere Sauereien. Am 20. März hat der Senat mitgeteilt, dass er die Abrissgenehmigung für den City-Hof erteilt hat. Dabei beruft er sich auf den am gleichen Tag veröffentlichten Bericht des UNESCO-Beratungsgremiums ICOMOS, der keine Gefährdung des »Welterbe Speicherstadt und Kontorhausviertel« bei einem Abriss der City-Hof-Häuser feststelle. Beim genaueren Lesen des Berichts stellt sich allerdings heraus, dass ICOMOS mehrfach klar und deutlich für den Erhalt des City-Hofs Stellung bezieht. Auch weist ICOMOS darauf hin, dass der Abriss und Neubau nicht wirklich im Einklang mit den Verpflichtungen aus der Welterbe-Konvention und dem Denkmalschutzgesetz ständen.

Der Denkmalverein Hamburg hat sich in seiner Pressemitteilung vom 23. März 2019 intensiv mit dem Bericht befasst und die Darstellungen des Senats als »einseitig, unvollständig und damit nicht zutreffend« bezeichnet ([www.denkmalverein.de/presse/mitteilungen/senat-verdreht-aussagen-des-ico](http://www.denkmalverein.de/presse/mitteilungen/senat-verdreht-aussagen-des-ico)

mos-reportes-abrissgenehmigung-sollte-ausgesetzt-werden). Doch die Farce geht weiter. Der Senat bleibt seiner Linie treu, den City-Hof um jeden Preis abzureißen. Er erteilte am 20. März eine Abrissgenehmigung, ohne eine Garantie für einen Neubau an derselben Stelle zu haben. Es fehlt nicht nur die Zustimmung der UNESCO zu dem architektonisch sehr umstrittenen Neubau, sondern auch ein rechtssicherer Bebauungsplan.

Wie das »Hamburger Abendblatt« am 12. April berichtete, hat der Senat nun auch noch die sofortige Vollziehung des Abrisses verfügt. Begründung: Der für den Abriss notwendige und gebuchte Spezialbagger sei nur jetzt verfügbar. Bei einer Verschiebung stehe der Bagger, von dem es nur zwei in ganz Norddeutschland gebe, nicht mehr zur Verfügung. Das könne mit »erheblichen wirtschaftlichen Folgen« verbunden sein.

Der Denkmalschutz wird mit Füßen getreten, das rechtmäßige Bebauungsplanverfahren wird nicht abgewartet, die Zustimmung der UNESCO zum Neubau gibt es noch nicht. Hauptsache, die ungeliebten Häuser sind weg. Tiefer kann ein Senat nicht sinken.

# Stadtteilbeiräte: Säulen der Stadtteildemokratie

Von Jürgen Fiedler



Beim BSW-Empfang am 4.4.2019: Staatsrat Matthias Kock, Senatorin Dr. Stapelfeldt, Jürgen Fiedler (Michael Joho)

Am 4. April hatte Stadtentwicklungssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt erstmals VertreterInnen aus den gut 50 Stadtteil- und Quartiersbeiräten in den Wilhelmsburger Bau der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) eingeladen. Rund 100 Personen zählte die abendliche Versammlung. Auch wenn eine solche Würdigung längst überfällig ist und in Berlin schon seit längerem praktiziert wird, sei doch positiv hervorgehoben, dass »so etwas« wenigstens jetzt zum ersten Mal stattgefunden hat. Auch wenn die Organisation des Abends sehr zu wünschen übrig ließ, gab es doch nach den einführenden Worten der Senatorin und dem Beitrag von Jürgen Fiedler für das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte die Gelegenheit zum Austausch unter den BeiratInnen und mit den BehördenvertreterInnen. Eine solche Veranstaltung sollte eigentlich zur alljährlichen Pflicht der BSW und auch der Bezirksämter werden. Wir bedanken uns bei Jürgen Fiedler dafür, seine Rede nachfolgend aufnehmen zu dürfen.

Liebe Frau Senatorin, lieber Herr Staatsrat, liebe MitarbeiterInnen der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, liebe RISE-Verantwortliche in den Bezirken, liebe Aktive aus den Stadtteilbeiräten,

wir freuen uns, dass sie unserer Anregung auf der Ausstellungenöffnung<sup>1</sup> auf den Tag genau vor einem Jahr Beachtung geschenkt und uns heute zu diesem Empfang eingeladen haben und hoffen auf einen intensiven Austausch.

Beginnen möchte ich mit ein paar Worten zum **Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte**, weil nun doch eine ganze Menge mehr Beiräte anwesend sind, als im Netzwerk organisiert. Mein Name ist Jürgen Fiedler, ich bin Leiter des Stadtteilbüros in Dulsberg von Mook wat e.V. und neben meiner Kollegin Rixa Gohde-Ahrens von der Lawaetz-Stiftung einer von zwei – ich würde es mal so ausdrücken – Geburtshelfern und inzwischen dezenten Wegbegleitern des Netzwerks der Hamburger Stadtteilbeiräte, das sich vor nunmehr zehn Jahren gegründet hat.

## Wie kam es zur Gründung des Netzwerks?

2009 feierte Steilshoop seinen 40. Gründungstag. Im Festprogramm gab es eine Veranstaltung, zu der Personen aus anderen Großwohnsiedlungen und Quartieren eingeladen waren. Es manifestierte sich der Wunsch, einen Austausch, wie er dort stattgefunden hatte, regelmäßig zu führen. Parallel dazu wurde in Dulsberg anlässlich der 200. Sitzung des dortigen Stadtteilrates überlegt, ein Symposium zur organisieren, zu dem alle aktiven Stadtteilbeiräte der Stadt eingeladen werden sollten. Beide Ansätze wurden verknüpft und es entstand, anfangs noch in kleiner Runde, ein erstes Treffen verschiedenster Beiräte. Für alle Beteiligten zeigte sich, dass die einzelnen Beiräte schön vor sich hin und voneinander abgeschieden über doch sehr vergleichbare Themen sprechen und **ein Austausch untereinander für viele Fragestellungen** äußerst hilfreich und zielführend ist. Denn zumeist ist es so, dass die Frage, die man gerade als Beirat selber bewegt, von dem einen oder anderen schon hinlänglich betrachtet wurde und somit zumeist schon Lösungsansätze bereitstehen.

Gerade Beiräte, deren Stadtteile inzwischen aus der Förderung gelaufen waren, oder solche, denen dieser Prozess kurz bevorstand, hatten einen großen Bedarf an Austausch und Hilfestellung. **Aktuell sind zwei Drittel der im Netzwerk organisierten Beiräte ohne Programmförderung.**

Nach zehn Jahren geht die Bedeutung deutlich darüber hinaus, denn neben der gegenseitigen Beratung für die Herausforderungen des Beiräte-Alltags stellt das Netzwerk eine Stimme bereit, deren Stimmgewalt deutlich stärker ist als die eines einzelnen Beirats und mit der, in erheblicher Breite abgestimmt, auf Missstände hingewiesen und Forderungen formuliert werden können.

<sup>1</sup> Gemeint ist eine Ausstellung über das Wirken der Hamburger Stadtteilbeiräte in den Räumen der BSW. Die großformatige Broschüre findet sich im Netz unter [http://unser-lurup.de/wp-content/uploads/2013/10/Nur-mit-uns\\_Broschuereklein-4.pdf](http://unser-lurup.de/wp-content/uploads/2013/10/Nur-mit-uns_Broschuereklein-4.pdf).

Und genau dies genau möchte ich jetzt machen. Zu allererst natürlich an Sie gerichtet, Frau Dr. Stapelfeldt und ihre Fachbehörde.

Wenn wir über Stadtteilbeiräte sprechen, sprechen wir über die kontinuierlichste und zahlenmäßig stärkste Form der Bürgerbeteiligung, die es in der Stadt gibt. Zumeist zweimonatlich, treffen sich in Hamburg zwischen 650 und 1.000 Menschen, um über die Belange ihrer Quartiere zu sprechen. Das ist mehr als bei jeder anderen Form der Beteiligung in Hamburg. Und doch werden die Beiräte in der noch von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) 2013 herausgegebenen Broschüre »Hamburg gemeinsam gestalten« nur rudimentär unter der Überschrift »Bürgerbeteiligung in besonderen Fördergebieten«, und dort auch nur in Klammern gesetzt, erwähnt.

Denken Sie nicht in RISE-Zeiträumen, denn es heißt nicht Behörde für temporäre Stadtentwicklung und Wohnen. Gerade nach Auslaufen der Förderphasen bedürfen aufgebaute Strukturen umso mehr der Beachtung, auch wenn dies aus einer reduzierten Nähe heraus geschieht. Hier erwarten die Beiräte seitens der Fachbehörde eine neu justierte Aufmerksamkeit und Wertschätzung.

Solch ein Treffen wie heute kann ein Anfang sein. Aber auch Angebote z.B. zu einer Qualifizierung von Ehrenamtlichen in der Moderation von durchaus nicht unkomplizierten Gremien oder auch ein Angebot zu einer Exkursion, könnte die Behörde mal überlegen.

Stellen Sie mit uns gemeinsam Überlegungen an, wie Beteiligungsstrukturen und Mitbestimmung auf Stadtteilebene abgesichert werden kann. In letzter Konsequenz in Form einer gesetzlichen bzw. verfassungsmäßigen Verankerung.

### **Und nun der Blick zu den Bezirken:**

Sieben Bezirke, sieben unterschiedliche Umgangsformen mit den Beiräten. Unterschiedlich die Zuordnungen zu den jeweiligen Fachämtern. Mal dem Bereich Stadt- und Landschaftplanung zugeordnet, woanders dem Sozialraummanagement. Unterschiedlich die Intensität der Betreuung.

Der Wunsch aller Beiräte ist, dass Personen an den Sitzungen teilnehmen, die hohe Detailkenntnis vom Quartier haben und deren Teilnahme kontinuierlich geschieht.

Gewähren Sie den Beiräten Zugang zu den TÖB<sup>2</sup>-Verschiebungen, denn nur zu diesem frühen Zeitpunkt ist ergebnisrelevante Einflussnahme möglich. Assoziieren Sie sie wie z.B. Behindertenverbände oder den ADFC. Das heißt nicht, dass es dann in jedem Falle Voten geben wird, denn die Kapazitäten der Beiräte sind begrenzt. Aber in wichtigen und zentralen Fragestellungen können sie sicher damit rechnen.

In die richtige Richtung geht der Beschluss der Bezirksversammlung Altona vom 22. Februar 2018: nämlich die regelhafte Einladung zu Ausschüssen, wenn stadtteilbezogene Themen auf der Tagesordnung stehen, und die Gewährung von Rederecht zu diesen Punkten. An dieser Drucksache sollten sich alle Bezirke orientieren (Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und regionale Stadtteilentwicklung = WAS).

Wie werden Verfügungsmittel ausgeschüttet? Überall sind diese ohne Kofinanzierung bewilligbar, nur nicht in

Wandsbek. Wo sollen denn die 5% Eigenmittel der kleinen Antragsteller herkommen? Das muss vom Tisch.

Grundsätzlich vermisst wird auch hier ein regelmäßiger Austausch aller Beiräte eines Bezirks mit den jeweils Verantwortlichen in der Verwaltung. Das muss nicht in kurzen Abständen geschehen, aber einmal im Jahr sollten die Sprecherinnen/Vorsitzenden aller Beiräte des jeweiligen Verantwortungsbereiches geladen werden, vielleicht auch zusammen mit der Politik.

### **Und nun zur Kernforderung – einer abgesicherten Finanzierung**

Beiratsarbeit ohne den Hintergrund einer Förderkulisse, basierend allein auf ehrenamtlichem Engagement, ist nicht leistbar. Aktuell sind die Beiräte Jahr für Jahr der Unwägbarkeit ausgesetzt, wie denn im nächsten Jahr die Finanzierung aussieht. Das ist keine Option für ein Gremium, das in den allermeisten Fällen über Jahre der Ansprechpartner für die Menschen im Stadtteil ist.

Hier bedarf es – ohne Wenn und Aber – finanzieller Mittel für eine Grundausstattung an Büro, in gewissem Umfang an Personal, evtl. für Mieten für den Treffpunkt und vor allem für die Werbung in den Stadtteil hinein, um sich bekannt zu machen und neue MitstreiterInnen zu gewinnen. Es bedarf einer Absicherung, die losgelöst ist von Veränderungen der politischen Machtverhältnisse und der jährlich wiederkehrenden Sorge um eine Weiterfinanzierung. Und genau das ist die Crux der Finanzierung über die Quartiersfonds.

In Hamburg-Mitte legen Bezirksversammlungen Sitzungshäufigkeiten fest über den Hebel, dass die Mittel für die Betreuung der Beiräte jährlich neu verhandelt werden. So ist keine nachhaltige und verlässliche Beiratsarbeit möglich.

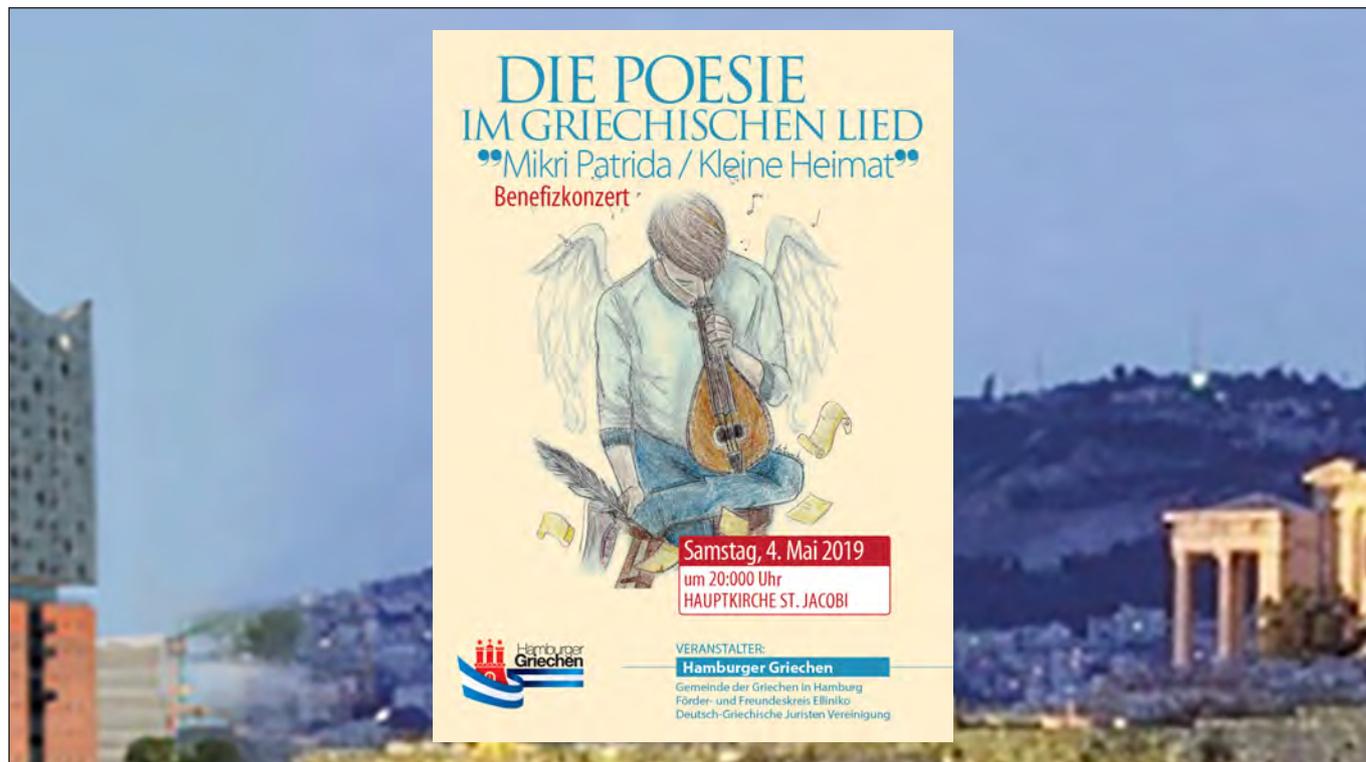
Die Forderung des Netzwerkes ist klar formuliert: Schaffung einer Produktgruppe im Haushalt für Beiratsarbeit (ausdrücklich eingeschlossen auch für die übergreifende Netzwerkarbeit, wie sie nun seit zehn Jahren geschieht), um damit eine Planungssicherheit für die Beiräte und den dort Engagierten zu schaffen.

**Und zum guten Schluss**, machen Sie sich keine Sorgen, dass die Beiräte die gewählten parlamentarischen Gremien infrage stellen. Nein, sie wissen, dass sie ein »demokratisch nicht legitimiertes Teilvolk« sind, wie es uns Dr. Michael Freitag ins Stammbuch geschrieben hat. Aber sorgen Sie dafür, dass die Kenntnisse um das Quartier, die Anregungen aus den Quartieren, Kritik an Planungen oder Verbesserungsvorschläge zu eben solchen, einen hemmungsloseren, widerstandsfreieren Einfluss nehmen können auf die Gestaltungsprozesse. Betrachten Sie die Beiräte als Partner, von denen man profitiert, wenn man ihnen Gehör verschafft und sie wertschätzt in dem, was sie sind: die stärkste Vertretung, die sich ein Stadtteil geben kann, weil sich in ihnen alle Akteursgruppen abbilden können und gemeinsam nach den besten Lösungen für eine nachhaltige Entwicklung innerhalb der Quartiere ringen.

In diesem Sinne herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

<sup>2</sup> Die Abkürzung steht für Träger öffentlicher Belange.

## Kulturtipp: Die Poesie Griechenlands



Hintergrundfoto (Ausschnitt): Deutsch-griechische Gesellschaft Hamburg e.V.

Hamburg ist eine internationale Stadt, in der knapp 330.000 sogenannte AusländerInnen wohnen, also Menschen ohne deutschen Pass – mit Migrationshintergrund sind es sogar über 650.000, also rund ein Drittel der Bevölkerung. Die dreizehntgrößte Gruppe ist die der GriechInnen, von denen etwas mehr als 7.000 mit entsprechendem Pass in unserer Metropole leben.

Im Rahmen der Europawoche vom 4. bis 12. Mai ([www.infopoint-europa.de/veranstaltungen/europawoche/](http://www.infopoint-europa.de/veranstaltungen/europawoche/)) bietet uns die Community nun einen einzigartigen Einblick in das Leben und die Kultur der »Hamburger Griechen«. Über nahezu zwei Wochen haben die Griechische Gemeinde in Hamburg e.V. und etliche Vereine und Gruppen ein ganz wunderbares Programm zusammengestellt, das zum Kennenlernen und Mitmachen inspiriert.

Die Auftaktveranstaltung findet am Samstag, den 4. Mai, um 20.00 Uhr in der Hauptkirche St. Jacobi statt. »Die Poesie im griechischen Lied« wird es an diesem Abend heißen, und es geht um »Mikri Patrida/Kleine Heimat«. Das Benefizkonzert wird von rund 25 KünstlerInnen gestaltet, die Musik von Mikis Theodorakis und mehr als einem Dutzend weiterer

griechischer MusikerInnen darbieten. Neben den Liedern und instrumentalischen Stücken wird es auch Rezitationen geben. Die Gesamtleitung obliegt Panos Drossinakis. Der Eintritt beträgt im Vorverkauf 20 Euro (ermäßigt 15 Euro), an der Abendkasse 25 Euro. Der Überschuss dieses Konzerts dient der Finanzierung sozialer Projekte in Griechenland.

Zum Abschluss des Veranstaltungsreigns steigt am Samstag, den 18. Mai, von 11.00 bis 22.00 Uhr ein riesengroßes Fest unter dem Titel »Griechenland & Europa«. Natürlich gibt es traditionelle Speisen, Livemusik, Tanz, Kunst und Kultur vom Feinsten, was die griechische Gemeinde zu bieten hat.

Insgesamt finden zwischen diesen beiden Terminen und z.T. auch noch darüber hinaus etliche kleinere Veranstaltungen statt, vom Fußballturnier des VSK Blau-Weiss Ellas (am 4.5.) über Ausstellungen (u.a. von Marily Stroux-Zacharakaki), Lesungen (z.B. von Linda Zervakis), Konzerte, Filmvorführungen und Workshops bis hin zu einer u.a. vom Griechischen Generalkonsulat organisierten Ehrung der ermordeten GriechInnen im KZ Neuengamme (am 30.5.). Das Programm findet sich hier: <https://dgg-hamburg.de/hamburger-griechen-fur-europa>.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) oder [christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de](mailto:christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.